

Ein Erfahrungsbericht
zum Umgang
mit den Opfern
des SED-Regimes

War die DDR ein Unrechtsstaat oder eine „kommode Diktatur“?

Hartmut Richter

Viele, die den Mauerbau bewusst wie ich als Kind mit dreizehn Jahren erlebt haben, sind heute im Ruhe- oder besser Unruhestand, besonders jetzt auch als Zeitzeugen gefragt. Ungefragt melden sich auch ehemals Privilegierte, die ehemaligen Avantgardisten, die gleicher als gleich waren, wo alle gleich waren, zu Wort. Sie suchen die Öffentlichkeit, setzen auf Unwissenheit, um sich auch in zahlreichen Büchern zu rechtfertigen, zu relativieren, werden so doch die eigene Verstrickung und Verbrechen relativiert. Sie verhöhnen die Opfer – Menschen, die sie als Vertreter der noch von der Sowjetunion gestützten Macht wegen der anderen Weltsicht verfolgt haben und sicher noch heute verfolgen würden. Anstatt die im Einigungsvertrag ausgehandelten – schließlich sollte die friedliche Revolution ja friedlich zu Ende gebracht werden – Versorgungsansprüche zu genießen, drängen sie auch im hohen Alter noch in die Öffentlichkeit.

So wurde kürzlich von Heinz Keßler und Fritz Streletz die Mauer als frieden-erhaltende Maßnahme beschrieben. In keiner ihrer Publikationen oder Bücher jedoch liest man etwas über die wahren Gründe des Zusammenbruchs. Nicht die bösen westlichen Geheimdienste haben den Zusammenbruch hervorgerufen. Wirtschaftlich ging es nicht voran. Gorbatschow erkannte, dass persönliche Freiheit Kreativität entstehen lässt, die wiederum die Wirtschaft voranbringt. Vor einem Vierteljahrhundert hätte das laut in der DDR ausgesprochene Wort „Peres-

troika“ die Machthaber nervös gemacht und die Stasi aktiv werden lassen. Eigentlich sollten sie sich bei den Leuten, die sie einst verfolgt haben, bedanken, hatten sie durch deren Verfolgung doch höhere Einkommen als das arbeitende Volk. Sie bedanken sich nicht, sondern beschimpfen und verhöhnen besonders Referenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Sie verzeihen ihren Gegnern nicht, dass sie verloren haben und ehemals Gefangene jetzt die Schlüsselgewalt für das Gefängnis haben. Sie hätten ihre selbst bewilligten Sonderrenten bei einem Weiterbestehen der DDR mangels wirtschaftlicher Substanz ohnehin nicht genießen können. Im vereinten Deutschland geht es ihnen wirklich besser als den Menschen, die sie verfolgt haben.

Vergleiche müssen erlaubt sein

Darüber nachzudenken und zu diskutieren muss im zweiundzwanzigsten Jahr des Mauerfalls endlich möglich sein. Würden nationalsozialistische Verbrechen von unverbesserlichen Nationalsozialisten auch nur annähernd so ver-harmlost, wie ständig die ehemals Privilegierten der DDR das unter dem Kommunismus geschehene Unrecht relativieren und sogar rechtfertigen, würden Gesellschaft und Justiz darauf reagieren. Und das ist auch gut so.

Vergleiche totalitärer Regime müssen erlaubt sein. Gab es überhaupt eine Alternative zur Entspannungspolitik? Haben Vertreter der stillen Diplomatie nicht den Blick für die Realitäten verloren? Wurde

die DDR nicht zu weich gezeichnet? Kungelt man noch immer? Diese Fragen wünscht man sich, und sie werden zunehmend gestellt, immer mehr auch von jungen Menschen. Sensibilisiert und angeregt zu hinterfragen werden Jugendliche in Gedenkstätten und durch Zeitzeugen, auch und besonders durch Referenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Beratung der Opfer

Über drei Jahre habe ich in den Räumen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) ehemals Verfolgte beraten. Vor etwa sechzig Jahren wurde dieser älteste Opferverband von Überlebenden der Lager Stalins gegründet. Im September 2007 trat im Rahmen der Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetze ein weiteres Gesetz in Kraft, der Paragraf 17a. Dreistes Auftreten der alten Stasiseilschaften, verbunden mit Verhöhnung der ehemals Verfolgten – sie haben ja schließlich gegen Gesetze der DDR verstoßen –, führte doch dazu, dass der Gesetzgeber endlich nach langen Diskussionen dieses Gesetz verabschiedete. Bedürftigkeit und Rehabilitierung vorausgesetzt, erhalten ehemals zu Unrecht, mindestens jedoch für ein halbes Jahr Inhaftierte eine monatliche Zuwendung von 250 Euro. Da sie als Opposition ohne politische Verantwortung waren, forderten selbst Vertreter der SED-Nachfolgepartei, heute Linke, sogar eine monatliche Summe von 600 Euro. Als von Opferseite jedoch vorgeschlagen wurde, ehemals Verfolgten und Verfolgtenverbänden doch SED-Vermögen als sichtbaren Beweis zur Verfügung zu stellen, ignorierten sie den Vorschlag vornehm.

Es gab hier damals Beratungsbedarf. Der Gesetzgeber bedenkt jedoch oft nicht die Auslegung der Gesetze durch Behördenmitarbeiter. Was ist ein halbes Jahr? Sind ein halbes Jahr sechs zusammenhängende Monate oder 180 Tage?

Bei 179 Tagen Haftzeit also entfällt der Anspruch. Mindestens einmal jährlich müssen Sachbearbeiter der Landesämter für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) die Bedürftigkeit des Zuwendungsempfängers prüfen. Bei Einlieferung in ein Stasigefängnis hieß es: „Bücken und das Gesäß auseinander“! Ursprünglich sollte dies monatlich geschehen. Kann man das eigentlich noch als eine gesellschaftliche Anerkennung für erlittenes Unrecht sehen, wenn die Zahlung zudem dem sozialen Bereich zugeordnet ist?

Gesundheitliche Folgeschäden

Noch schwerer für Betroffene ist es, die Anerkennung von verfolgungsbedingten gesundheitlichen Schäden gegenüber dem Versorgungsamt durchzusetzen. Es gibt auch sehr viele honorige Mediziner und Psychologen, die sich die DDR noch immer als „kommode Diktatur“ vorstellen. Entsprechend wird im Auftrag des Versorgungsamtes begutachtet. Der Betroffene ist durch das Stellen eines Antrags schon traumatisiert. Jahrelang wurde die Verfolgungszeit verdrängt. Oft wussten eigene Kinder und Angehörige nichts darüber. Das Sprechen darüber wäre in der DDR sehr gefährlich gewesen und hätte zur nochmaligen Inhaftierung führen können.

Auch in der alten Bundesrepublik begann man die gewachsenen Realitäten zu akzeptieren, diskutierte die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Der Begriff „fortschrittlich“ war und ist noch heute von links besetzt. „Fortschrittlich“ regierte Länder jedenfalls weigerten sich, 10 000 D-Mark für die Erhaltung der zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter zu zahlen. Es gefährdete den Ost-West-Dialog, die Entspannungspolitik, hieß es.

Wie Hubertus Knabe in seinem Buch *Die Täter sind unter uns – über das Schönreden der SED-Diktatur* schreibt, entschul-



Hartmut Richter muss sich nach seinem missglückten Versuch der Republikflucht an der deutsch-deutschen Grenze neben dem Flucht-auto fotografieren lassen.

Quelle: BStU, 1975

digte der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine sich bei seinem vertrauten Landsmann Erich Honecker dafür, dass doch einige Mitglieder der SPD Kontakte zu Bürgerrechtlern in der DDR hatten. Menschliche Erleichterungen, Familienzusammenführung, Freikauf Gefangener wurden über geheime Diplomatie und Geld abgewickelt. Erst nach der Wende musste man keine Rücksichten mehr nehmen und erfuhr darüber, wobei die jeweiligen Akteure sich selbst hervorhoben. Wenige Berechtigte klagten gegen Ablehnungsbescheide, sind traumatisiert und tief enttäuscht. Die Anerkennungsquote ist gering, weil bewiesen werden muss, dass die Schädigung durch die Verfolgung entstanden ist.

Lange Wartezeiten bis zur gerichtlichen Klärung sind üblich. Berufliche Benachteiligung, gesundheitliche Schäden müssen als verfolgungsbedingt anerkannt werden, wobei bisher in keiner Weise berücksichtigt wird, dass die Stasi ebendiese subtilen Methoden zur „Liquidierung feindlich-negativer Kräfte“ einsetzte. Je mehr die DDR um internationale Anerkennung mithilfe auch westlicher Politiker bemüht war, je mehr Freiräume man zugestand, desto mehr mussten diese Freiräume kontrolliert werden.

Kontinuierlich wuchs so auch die Mitarbeiterzahl des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Da war die DDR dann wirklich Weltspitze mit fast 100 000 hauptamtlichen und etwa 200 000 inoffiziellen Mitarbeitern, Spitzeln also.

Die Geschichtsdeutung nicht den ehemals Privilegierten überlassen

Ich stritt über elf Jahre um die Entschädigung meines Pkw Ford Escort, der 1975 als Tatwerkzeug beschlagnahmt wurde. Mit ihm versuchte ich in der Nacht vom 3. zum 4. März, meine Schwester mit ihrem Verlobten nach West-Berlin zu bringen. Das Bundesverwaltungsgericht entschied letztlich, dass beantragte Entschädigung auch mobiler Gegenstände zu erfolgen hat. Viele Antragsteller gaben bei ersten Ablehnungsbescheiden der Landesämter für offene Vermögensfragen auf oder versäumten Fristen. Vor gerichtlicher Klärung berechtigter Ansprüche ist in vielen Fällen eine biologische Lösung erfolgt. Dennoch möchte ich weiter aufklären, den ehemals Privilegierten nicht auch noch die Geschichtsdeutung überlassen. Die Demokratie und Freiheit müssen gegen die Feinde der Demokratie verteidigt werden. Wer Unfreiheit erfahren musste wie etwa 200 000

in der SBZ/DDR, ist gezeichnet, traumatisiert und kann auch gesellschaftliche Anerkennung nur dann erfahren, wenn die Gesellschaft über die Methoden der Stasi durch Aufklärung erfährt.

Fehlendes Unrechtsbewusstsein

Im Jahre 2008 reichte ich eine Petition an das Bundesministerium für Justiz ein. Meine Beratungsstelle war damals im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin-Kreuzberg. Ein älterer bescheidener Mann, lange Jahre in der DDR inhaftiert wegen Planung einer Republikflucht, hörte von der monatlichen Zuwendung. Voraussetzung war natürlich die Rehabilitierung, die ich in die Wege leitete. Wie damals, als ich Menschen zur Flucht verhalf, erfüllt es mich, wenn ich helfen kann. Er war sehr dankbar, dass jemand ihm zuhörte und nachempfinden konnte, was er sagte, weil er es selbst erfahren hatte. Besucher merkten sehr schnell, dass ein ehemals Verfolgter sie beriet, kein unsensibler oder auch nur überforderter Sachbearbeiter.

Dankbar verabschiedete er sich, um zurück nach Brandenburg zu fahren. Kurz darauf rief er an, war erregt und schimpfte, dass er die Polizei gerufen habe, weil da am Potsdamer Platz irgendwelche Menschen in Grenzeruniformen mit DDR-Fahnen Touristen anbettelten oder sich mit den Touristen gegen Bezahlung fotografieren ließen. „Die stehn schon lange dort, viele Tage schon“, antwortete ich ihm. Natürlich hatte die Polizei da nichts unternommen. Die Berechtigung, da stehen zu dürfen, lag vor. Es waren und sind Studenten, die sich etwas dazuverdienen, die DDR mitunter auch im Gegensatz zu einigen Politikern als Unrechtsstaat sehen. Zuvor haben meine Frau und ich schon diskutiert mit diesen jungen Menschen, die da auch überhaupt kein Unrechtsbewusstsein hatten und nicht darüber nachgedacht hatten.

Meine Frau sagte mal zu einem, dass er mit einer SS- oder SA-Uniform dort am Potsdamer Platz auch Geld verdienen würde, wenn er, um die jüngste Geschichte wissend, den Touristen erklären könne, wo zum Beispiel die Reichskanzlei gewesen sei. „Das ist doch aber verboten, Sie können das nicht vergleichen“, antwortete der clevere Student.

Dieses Unrechtsbewusstsein ist zu Recht auch durch Aufklärung über nationalsozialistische Verbrechen tief gesellschaftlich verinnerlicht. Das *Schwarzbuch des Kommunismus* kennt kaum jemand, und somit kennen zu wenige Menschen bisher die Methoden und Opfer. In Polen, Ungarn, Tschechien, den baltischen Ländern gibt es zudem Gesetze, die die Relativierung kommunistischen Unrechts bestrafen.

Meine Petition wurde nach etwa sechs Wochen zurückgewiesen. Ich forderte eine ähnliche gesetzliche Ahndung wie bei Relativierung von NS-Unrecht und Zurschaustellung von NS-Symbolen. Man erkennt inzwischen an, dass unter dem Kommunismus Unrecht geschehen ist. Die Aufklärung darüber sei aber eine gesellschaftliche Aufgabe. Ehemals Verfolgte würden sich auch wünschen, dass statt gesetzlicher Strafandrohung aus der gesellschaftlichen Mitte heraus gegen solche ostalgische Verklärung Protest entsteht.

So gesehen, haben wir bisher dann wohl doch zu wenig aufgeklärt. Nur im vereinten Deutschland wurde Anfang der 1990er-Jahre das *Schwarzbuch des Kommunismus* wissenschaftlich infrage gestellt. Relativiert es, wie unterstellt, wirklich nationalsozialistische Verbrechen? Welche Kräfte wirken im vereinten Deutschland? Starben in den ehemaligen Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald nicht etwa 40 000 Menschen, jeder dritte Inhaftierte etwa nach 1945, darunter Kommunisten und Sozialdemokraten, mitunter auch jüdischer Abstammung? Dies sollte für jeden Deutschen zum Allgemeinwissen gehören!